

Kraukauer Zeitung.

Nr. 184.

Dinstag, den 13. August

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Mr., mit Verendung 5 fl. 25 Mr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Mr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 10 Mr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 123 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

V. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom die Regierungsrath und Director des Münz- und Antikabinetts, der Ambrosier und ägyptischen Sammlung Joseph Galatanga Arnetti als Ritter des Leopold-Ordens den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des Oesterreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 23. Juli d. J. dem Ausschussmitglieder des Wiener Alterthumsvereines Karl Lemann für seine Leistungen durch Herstellung und Auskattung des vom Vereine überreichten und mit Allerhöchstem Befehl aufgenommene Albums photographischer Aufnahmen des kaiserlichen Hofes und des Neufers Heinrich Warb zum wirklichen Hof- und Ministerial-Konzipisten allergrnädigst zu ernennen und dem Hof- und Ministerial-Konzipisten Johann Schöner den Titel und Rang eines Hof-Sekretärs huldreichst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. August d. J. den demaligen Redacteur der Zeitschrift „La Sfera“ in Triest Johann Bussolin in Anerkennung seiner Treue und loyalen Haltung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergrnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. August d. J. den Hof- und Ministerial-Konzipisten im Ministerium des kaiserlichen Hofes und des Neufers Heinrich Warb zum wirklichen Hof- und Ministerial-Konzipisten Johann Schöner den Titel und Rang eines Hof-Sekretärs huldreichst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Gebot vom 30. Juli d. J. die Franziska Frein Nell u. Nellenburg zur Ehrenname des freiweltlichen adeligen Damenbürgers zu Maria Schul in Brünn allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat eine am griechisch-nachmittäglichen Gymnasium zu Szeged erlebte Lehrerstelle dem Gymnasiallehrer zu Karnow August Klumpfinger verliehen.

Der zum Superintendenten der ungarischen Kirche in Eichenbürgen gewählte Johann Kriza ist in diesem seinem Amte allergnädigst bestätigt worden.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 13. August.

Der Ausschub, den die Zusammenkunft des Königs von Preussen mit Louis Napoleon erfahren hat, soll, wie man der „Independance“ aus Baden-Baden schreibt, die Folge einer am 5. d. M. in Baden abgehaltenen Berathung sein, und es wird auch die Ankunft des Königs von Sachsen damit in Verbindung gebracht.

Das „Pays“ vom 9. d. widerspricht dem Gerüchte, daß ein Congress in Straßburg Statt finden werde.

Dasselbe Blatt bringt folgende Note: „Mehrere Blätter haben von einem Ultimatum der französischen an die päpstliche Regierung anlässlich der Angelegenheit Merode gesprochen. Wir glauben versichern zu können, daß dieses Ultimatum nicht existirt und nicht existiren kann, namentlich nicht in der von den Blättern angegebenen Form.“

Ueber die Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten der niederländischen Regierung bemerkt eine Frankfurter Correspondenz in der Leipziger Zeitung: „Nach zuverlässigen Mittheilungen aus dem Haag wird in Betreff der Anerkennung des Königs von Italien von Seiten der Niederlande versichert, daß der König der Niederlande dem Beschlusse seines Ministeriums nur in Berücksichtigung der vielfachen commercellen Beziehungen, welche zwischen seinen Staaten und Italien bestehen, seine Zustimmung erteilt habe. Die Anerkennung erfolgte übrigens in der Art, daß sie zunächst nur dem von dem Turiner Parlaamente dem König Victor Emanuel übertragenen Titel eines Königs von Italien gilt. Es wird in den erwähnten Mittheilungen aus dem Haag weiter angeführt, daß nun in nächster Zeit die Anerkennung des Königs von Italien auch von Seiten Belgiens erfolgen werde, und zwar in derselben Weise und aus demselben Grunde, wie es eben bei der Regierung der Niederlande der Fall gewesen.“

Ricasoli hat, wie aus Turin vom 10. d. gemeldet wird, an die Repräsentanten der fremden Mächte eine Depesche über die Resultate der Parla-mentsession gerichtet, in welcher es schließlich heißt: es sei ein einiges Italien zu Stande gekommen, obgleich ein Theil desselben noch in anderem Besitze sei. Indem Europa uns stark sieht, wird es sich von unserm Rechte ganz Italien zu besitzen, überzeugen; es wird unsere Aufrichtigkeit würdigen, indem wir der Kirche Unabhängigkeit und Freiheit bieten.

Die Turiner Zeitung veröffentlicht die Unterhandlungen mit der Schweiz wegen der im neapolitanischen Dienst gestandenen Schweizer. In einem der letzten

Uktenstücke des Baren Ricasoli werden auf die Schweizer alle Bedingungen der Uebergabe von Gaeta ausgedehnt, denen, die Pensionen bezogen, wird deren Fortbezug zugesichert, und die Dekorirten behalten alle mit ihren Dekorationen verbundenen Titel und Bezüge ungeschmälert. (Nur aus Neapel müssen sie fort!)

Aus Turin, 6. August, wird geschrieben: Die Gerüchte von einer Ministerkrisis waren fast schon verschollen, und die Meldung, daß Ratazzi nach Savona abreisen würde, schien dafür zu sprechen, daß eine Aenderung des Cabinets noch einmal verschoben worden sei. Jetzt heißt es plötzlich, Ratazzi werde nicht abreisen, sondern auf Ansuchen des Königs selbst in Turin bleiben, da in den letzten Tagen neue politische Verwickelungen vorgekommen seien. Der Kommer-Präsident hatte bereits mehrere Gespräche mit dem Könige gehabt, und gleichzeitig hätten auch mehrere parlamentarische Notabilitäten und einige Minister-Conferenzen gehalten. So wie die Anleihe in Ordnung gebracht ist, sollen die Aenderungen im Ministerium vor sich gehen. Die Bestätigung dieser Nachrichten wird abzuwarten sein.

Massimo d'Azeglio, jedenfalls einer der bedeutendsten und dabei gemäßigten Staatsmänner des modernen Piemont, hat in einem an den Senator Mattucci gerichteten Schreiben seine Ansicht über die neapolitanischen Angelegenheiten ausgesprochen. Wir entlehnen demselben folgende Stellen: Die Frage ob Neapel bei Piemont bleiben soll, muß nach meiner Dafürhalten von den Neapolitanern selbst gelöst werden, falls wir nicht, weil es eben bequem ist, den von uns bisher proclamirten Principien, daß die Regierungen, mit denen die Völker nicht einverstanden sind, als unrechtmäßig angesehen werden müssen, entsagen wollen. In Neapel haben wir ebenfalls eine Regierung mittelst des allgemeinen Stimmrechts eingeführt, was jedoch nicht auszureichen scheint, da wir dort schätzige Bataillone brauchen, um das Land zu halten und es notorisch ist, daß „Briganti und Nichtbriganti“ Nichts von dieser Regierung wissen wollen. Es muß daher irgend etwas nicht mit rechten Dingen zugange sein; wir müssen entweder unsere Handlungsweise oder unsere Principien ändern und ein Mittel finden, um ein für allemal von den Neapolitanern zu hören, ob sie uns wollen oder nicht wollen. Ich glaube, daß die Italiener, welche die Deutschen nicht mögen, das Recht haben, Diejenigen zu bekriegen, der die Deutschen in Italien behalten oder nach Italien rufen will; ich glaube aber nicht, daß wir das Recht haben, jene Italiener, die Italiener bleiben, aber sich nicht mit uns vereinigen wollen, zu föhliren.

Wir haben gestern aus Rom gemeldet, daß der päpstliche Soldat, um dessentwillen Merode und Soyon sich überworfen hatten, vom französischen Kriegsgericht freigesprochen und dieses Erkenntnis bestätigt worden ist. Auch die andere Geschichte, wo eine päpstliche Schildwache einen französischen Soldaten verumdet hatte, ist arrangirt; der Arzt, den Merode suspendirt hatte, ist wieder in amtlicher Function.

Es ist behauptet worden, daß Preussen und Oesterreich sich bereit erklärt hätten, der dänischen Regierung für die von derselben gemachten vorläufigen Zugeständnisse Seitens des Bundes sowohl in Betreff Holsteins, als auch ihrerseits in Betreff Schleswigs Gegenkonzessionen zu erwirken, eventuell zu machen. Diese Nachricht entbehrt nach der „B. u. G. Z.“ jeder Begründung und haben die Höfe von Berlin und Wien sich darauf beschränkt, dem dänischen Kabinete ihre Geneigtheit auszudrücken, auf eine einstimmige Annahme der dänischen Vorschläge am Bunde hinzuwirken.

Nach Berichten der „Schlesischen Zeitung“ war auch in Warschau auf Montag den 12. d. von der Agitationspartei eine große Feierlichkeit angeordnet worden. In der Stadt verbreitete Cirkulare enthielten die Aufforderung, die hochwichtigen Erinnerungstage der einstufigen Vereinigung Polens und Lithauens in den Kirchen öffentlich zu feiern.

Eine telegraphische Depesche aus Bukarest meldet, daß sich Fürst Kusa am 15. August nach Konstantinopel begeben werde, um dem Sultan seine Huldigung darzubringen.

Nach Depeschen aus Ragusa hat Omer Pascha durch den Obersten Bey seine letzten Instructionen erhalten. Derselben schreiben ihm vor, sofort mit aller Macht gegen Montenegro einzuschreiten.

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung zu Washington die Blokade der Häfen der Südstaaten zu handhaben beabsichtigt, droht, den englischen Blättern zufolge, zu internationalen Unannehmlichkeiten zu führen. Die gesammte Handelswelt in England be-

schäftigt sich aufs lebhafteste mit diesem Gegenstande und die „Times“, der „Globe“ und die „Morning Post“ veröffentlichen längere Artikel, in welchen die wichtige Frage erörtert wird. Hierauf bezog sich auch eine der letzten Interpellationen am Sessionschluss — die von Hrn. Wyld. Die von Lord Palmerston erteilte Antwort wird von der Times folgendermaßen präcisirt: Wenn ein blokirendes Geschwader ein einziges Schiff gegen Entrichtung von Zollgebühren in den blokirten Hafen lassen läßt, so ist von diesem Moment die Blokade aufgehoben und die ganze übrige Welt hat von da an das Recht, ungehindert in den blokirten Hafen zu fahren. Das Recht eines Kriegsführenden besteht darin, denjenigen, welchen er eben will, vom blokirten Hafen fern zu halten, noch darin, unter dem Vorwande der Blokade neutrale Fahrzeuge zu brandschlagen, sondern die ganze Welt unparteiisch abzuhalten. Er darf den Hafen hermetisch sperren, aber wenn er ein einziges Schiff einläßt, so ist sein Recht dahin.

Die englische Flottenabtheilung an der amerikanischen Küste soll um vier Kriegsschiffe verstärkt werden.

Auch in der heutigen Nummer der „Donau-Z.“ findet sich ein Artikel über Deak's Adresse. Derselbe ist insbesondere gegen die Stelle der Adresse gerichtet, worin behauptet wird, die ungarische Revolution von 1848 sei aus der Nichterhaltung der 1848er Gesetze entstanden. „Gibt nicht Oesterreich“, fragt die „D. Z.“, die 1848er Gesetze, bis Kossuth ein riesiges Heeresangebot veranstaltete, gewiß nicht in der loyalen Absicht, dem bedrängten Reich in Italien beizustehen? Conspirirten damals nicht bereits die Teleki's, die Szolay's im Auslande? Fand die damalige ungarische Regierung eine Antwort auf das bekannte Memorandum des Ministeriums Wessenberg-Dobhoff? — Es heißt die Thatsachen geradezu auf den Kopf stellen, es ist eine, sagen wir es unverblümt, schamlose Behauptung, wenn man vorgibt, Oesterreich habe Ungarn zum Aufstande getrieben. Ungarn hielt Oesterreich für einen schmelzenden Riesen aus Schnee und wollte die Gelegenheit wahrnehmen, um sich für immer von ihm loszusagen. In diesen Worten liegt der allein wahrheitsgetreue Kern der Geschichte der Erschütterungen des Jahres 1848. Und Debreczin? Ist es wahr oder nicht wahr, daß der Convent selbst die monarchische Constitution Ungarns in Stücke riß und unermessliche Opfer an Gut und Blut über das Land verhängte, daß sie auch bereitwillig darbrachte, statt die Führer der Rebellion zu verleugnen? Wenn Herr v. Deak einen außerordentlichen Werth auf juristische Subtilitäten legt, so möchten wir ihm zu bedenken geben, ob, angenommen, aber nicht zugegeben, der ungarische Aufstand sei nur ein Akt der Nothwehr gewesen, Ungarn nicht damals weit über die Grenze berechtigter Nothwehr hinausgriff? Das königliche Rescript hat es verständlich genug ausgesprochen, daß die im Jahre 1849 erfolgte Auserkennung der ungarischen Constitution die rechtliche Folge der gedachten Erschütterungen, und daß sonach der Monarch zur vollständigen Wiederherstellung der ungarischen Verfassung nicht verpflichtet war. Die Adresse parirt eine große geschichtliche Thatsache mit einer leichten Finte zu. Wer eine so schwer beleidigende Anklage formulirt, wage nicht zu sagen, er habe die Begründung derselben bloß „aus Ehrlichkeit“ verschwiegen.

Wie es kam, daß das ungarische Oberhaus die Deak'sche Adresse unverändert annahm. Noch am 9. schreibt man aus Pest war Aussicht vorhanden, daß das Oberhaus der vom Unterhause angenommenen Deak'scher Adresse manche Modifikation angeheben lassen werde. In Pest war Freitag diese Ansicht allenthalben verbreitet und Mitglieder des Unterhauses waren bemüht, selbstverständlich mit aller Entrüstung, diese Nachricht zu verbreiten, die auch in den Abendblättern der Pest-Deser Zeitung und des Pester Lloyd Eingang fand. — Wie so es gekommen, schreibt die „Ungar. Korresp.“, daß diese allgemein verbreitete, und fügen wir hinzu, zum großen Theil freudig angenommene Neuigkeit durch die letzte Oberhaus-Sitzung so gründlich widerlegt wurde, darüber geben uns von glaubwürdiger Seite folgende Entbüllungen zu: In der am Freitag stattgehabten Privatkonferenz der wenigen derzeit in Pest anwesenden Oberhausmitglieder war allerdings stark die Neigung und Absicht vorhanden, die Deak'sche Adresse nach mancher Seite hin zu mildern. Indes wollte sich aber in der Privatkonferenz Niemand finden, um einen derartigen Antrag zu-

stellen. Inzwischen wurde diese Absicht der Magnaten bei den Deputirten ruchbar, und man ließ den Magnaten die Verständigung zukommen, daß, wenn die Deak'sche Adresse seitens des Oberhauses eine Abänderung erleiden sollte, man im Unterhause die Adresse sofort in einen Beschluß umzuwandeln würde. Eingekleidet zwischen dem Mangel eines mutigen Antragstellers und dieser Drohung des Unterhauses, wollten die wenigen Magnaten, die sich zur Privatkonferenz versammelten, die Gefahren eines energischen Schrittes nicht auf sich nehmen und entschlossen sich lieber, sich dem Vorgehen des Unterhauses unbedingt anzuschließen. — Solcher Art kam die einstimmige Annahme in der Oberhaus-Sitzung vom 10. d. zu Stande, doch konnte es dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß gar manches Oberhausmitglied der Aufforderung des Präsidenten zur Erhebung vom Sitze nur zögernd nachkam. — Nicht weniger interessant ist es, daß sich unter den Magnaten aber auch Niemand recht finden wollte, um die einstimmige Annahme der Deak'schen Adresse zu beantragen, bis man endlich auf das Auskunfts-mittel verfiel, den Quästor des Oberhauses mit diesem Formgeschäfte zu betrauen.

„Magyarorszag“ veröffentlicht den Bericht der zur Ausarbeitung eines Vorschlages über die Regelung der Frage der Nationalitäten gebildeten Unterhaus-Commission. Derselbe stellt folgende zwei Hauptgrundsätze auf: a) Alle Bürger Ungarns, welcher Zunge immer, bilden in politischer Hinsicht nur Eine Nation, die dem historischen Begriff des ungarischen Staates entsprechende einheitliche und untheilbare ungarische Nation. b) Alle im Lande wohnenden Völker, namentlich die Ungarn, Rumänen, Deutschen, Serben, Ruthenen u., sind als gleichberechtigte Nationalitäten zu betrachten, welche ihre besonderen Nationalitäts-Ansprüche innerhalb der Grenzen der politischen Einheit des Landes auf Grund der individuellen und der Associations-Freiheit ohne jede weitere Beschränkung frei zur Geltung bringen können.

Wien, 11. August. Die Adresse als Antwort auf das k. Rescript vom 21. Juli, welche in beiden Häusern des ungarischen Landtages angenommen worden ist, verwirft das kaiserliche Diplom vom 20. October 1860. Der Landtag hat also den einzigen Rechtsboden, auf welchen er zusammenberufen worden ist, durch einstimmige Annahme der Adresse gänzlich verlassen. Noch mehr, die Adresse versucht das revolutionäre Vorgehen der Ungarn in den Jahren 1848 und 1849 zu rechtfertigen, mithin stellt sich der Landtag durch die einstimmige Annahme der Adresse auf dem Boden der Revolution. Die streng logische Konsequenz des Rechtsbodens, den allein der Landtag hatte, ist die, daß die von ihm beschlossene Adresse rechtlich null und nichtig ist, und daß die darin enthaltenen Erklärungen und Verwahrungen nicht die allgeringste Rechtskraft besitzen. Uebrigens hat die Adresse nur die äußere Form einer solchen, und ist im Wesentlichen eine Resolution, wie nur ein Convent, dessen bloßer Namen schon schaudern macht, sie fassen kann. Dennoch werden den Ungarn alle Freiheiten und Rechte, welche ihnen das Octoberdiplom sichert, ungeschmälert bleiben, und es wird des Land die Verblendung seines Landtages nicht büßen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Aug. Ueber die am 8. stattgehabte Audienz der Deputation der Grenzvertreter am kroatischen Landtage beim Kaiser berichtet „Ost und West“: Se. Majestät nahm die Deputation sehr huldvoll auf. Herr Andreas Torquat Brlic, der sie vorführte, richtete an Se. Majestät eine Ansprache, aus der wir Folgendes entnehmen:

Gerubten Sw. Majestät die in unserer allerunterthänigsten Repräsentation gestellte Bitte um Ausdehnung der Grenzvertretung auf die Militärgrenze und um sofortige Theilnahme der Grenzvertretung an der gesammten Thätigkeit des kroatisch-slavonischen Landtages in Anbetracht der großen Verdienste der Grenze allergnädigst zu erheben.

Durch das allerhöchste Diplom vom 20. October 1860 sollte die durch ein Jahrzehnt heftigst gewünschte Verfassung von Kroatien und Slavonien wieder in's Leben treten und wir freuten uns auf die Theilnahme an derselben, gleichwie dies im Jahre 1848 der Fall war.

Da wollte sich vor der Krone Sw. Majestät die Ansicht geltend machen, daß die Resultate der kroatisch-slavonischen Gesetzgebung auf die Grenze keinen Bezug hätten, und daß aus diesem Grunde die Theilnahme der Grenze an der Legislativtheil des kroatisch-slavonischen Landtages nur auf staatsrechtliche Fragen ausgebeht werden könne.

Bermischtes.

Sei. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Ludwig haben dem Tiroler Landesmuseum abermals ein sehr werthvolles Geschenk gemacht...

Der über Auftrag Sr. Excellenz des Herrn Statthalterers eingeleiteten kommissionellen Erhebungen, ob bei dem Einfluß des Kirchensturmes zu Hadres ein Verschulden nicht auch die aller Solidität bewerkstelligt...

Des Luftschiffers Regent's Landung nach der letzten am 4. d. in Wien unternommenen Ausfahrt war abermals mit sehr gefährlichen Abenteuern verknüpft. Der Ballon stieg mit dem herrschenden Winde stets über der Donau und es blieb bei einbrechender Dunkelheit nichts übrig...

Der Götterverein in Weimar labet zu einer Generalversammlung der deutschen Göttervereine am Geburtstage des Dichters Goethe in Weimar ein.

Das königl. Polizeipräsidium in Berlin warnt vor den vielfach vorkommenden Kaufschuf-Mundstücken für Säuuglingskinder, die wegen ihres bedeutenden Gehalts an Zink- und Bleioryd die Gesundheit gefährden.

Werminderter Pulverbedarf. Es ist ohne Zweifel nicht bios lokal interessant, überschauen zu können, in welcher bedeutenden Maße sich mit Einführung der gezogenen Geschütze der Pulverbedarf vermindert, und deshalb mag das Quantum Pulver hier verzeichnet werden...

Wie die „R.“ berichtet, ist am 31. Juli die Bedachung des K. D. Domes bis auf wenige Ergänzungsarbeiten fertig geworden, und auf den Firnen der neuen Bauteile glänzen schon allerwärts im Sonnenlicht die goldenen Blumen des Dachstums...

Der 19. Band der „Geschichte des Consulats und des Kaiserreichs“ wird nächstens erscheinen und gleich den früheren Bänden in 50,000 Exemplaren abzugeben werden.

Lamarzini als Redner in der alten Deputiertenkammer wird von Guizot in dem neuesten Band seiner Denkwürdigkeiten als geschilbert: „Er sprach wie ein großer, aber oberflächlicher Ehrgeiziger, der mehr nach Weisheit als nach Herrschaft begierig ist...“

Wir haben nach dem „Journal du Havre“ gemeldet, daß Herr Thiers im Seebade beinahe ertrunken wäre. Dem ist nicht so; nicht im Bade, sondern auf einem Boote, an dessen Bord Herr Thiers mit mehreren Freunden in die See hinaus segelte...

In der Schweiz ist auf einer Bergreise eine französische Dame, eine junge Baronin Marincourt von Naups, auf schreckliche Weise ums Leben gekommen. Die Unglückliche war von ihrem Gatten begleitet. Das Unglück geschah auf dem schmalen Saumpfad, der von Leuk über den Gemmi führt...

Das ministerielle Fischessen, zu dem sich die jeweiligen englischen Kabinettsmitglieder tuz vor Schluß der Parlamentsession nach Greenwich begeben, ist ein Brauch, der nicht so alt ist wie unser Jahrhundert. Er stammt aus Pitt's Zeiten und verankert seine Existenz durchaus keinem politischen Ereignis...

Aber man weiß, daß Pitt sich wenig Mühe gönnte. Eisenbahnen gab es damals noch nicht, und der Ausflug, so angenehm er war, raubte ihm zu viel kostbare Zeit. So schlug denn Sir Robert Bresson vor, sie sollten ihre Schmarotereien im benachbarten Greenwich halten. Das geschah; Sir Robert machte den Wirth und bezahlte die Besche, aber Pitt brachte bald den einen, und dann wieder den andern seiner Kollegen als Gast mit, so daß die Ministergesellschaft immer zahlreicher und natürlich die Besche immer größer wurde...

Aus Corfu, 27. Juli, wird der „Presse“ geschrieben: „In der Offiziersmesse (gemeinschafflicher Mittagsstisch) eines in Corfu garnisonirenden englischen Regiments hatte ein Lieutenant die Wette gemacht, er werde 14 Tage hindurch als Teufel verkleidet sein umherstreifen und die Leute schrecken, ohne erkannt und daran gehindert zu werden. Die Wette 1000 Pfd. Sterling, wird von den Kameraden angenommen und das tiefe Stillhören gelobt. Der Offizier läßt sich aus England einen kompletten Teufelsanzug mit Mäse, Hörnern und Kautschukgallen, welche ihm die verwegenen Sprünge zu machen gestatteten, kommen. Und nun wurde jede Nacht ein Höllenscandal betrieben, und die Leute wurden auf der Straße und durch die Fenster ihrer Wohnungen geschreckt...“

Der Amerikanische Krieg wird der nordischen Union jedenfalls sehr theuer zu stehen kommen. Man rechnet, daß der Mann mit Ausrüstung im Durchschnitt an 800 bis 1000 Dollar jährlich kosten wird. Der gemeine Soldat erhält monatlich 11 Dollar Lohn, täglich über ein Pfund frisches Fleisch, Kaffee usw. Unterofficier stellen sich noch bedeutend besser. Ein Lieutenant stellt sich auf etwa 120 Dollar monatlich. Auch zahlen die einzelnen Staaten und Städte, in denen sich Soldaten anwerben lassen, diese noch extra. Boston gibt jedem dort angeworbenen Freiwilligen eine Zulage von 26 Dollars per Monat, so daß sich der Mann auf 31 Dollars per Monat stellt; außerdem wird für Frauen und Kinder der Soldaten gesorgt. Im Staat New-Jersey erhält jeder Soldat vom Staat aus eine monatliche Zulage von 6 Dollars, und jede Frau bekommt in New-York, so lange ihr Mann im Felde ist, wöchentlich für sich 2 Dollar und für jedes Kind weitere 20 Cents.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Der „Czas“ bringt einen langen Artikel über die geistige, kirchliche, welche in Folge einer, wir wissen nicht von wo aus, ergangenen Besetzung in „ganz Polen“ gleichzeitig abgehalten und hier in Folge von Warschau eingetroffenen gedruckter Circular veranlaßt wurde. Die Feier galt der Erinnerung an den 12. August 1569, an welchem der sogenannte Unionvertrags zu Lublin von Sigismund August geschlossen wurde, jener Reichstags, der die Fusion Litthauens und Polens ausgeprochen. Zweck dieser brüderlichen Einigung Gott um die Fortdauer dieser Eintracht in der Nation zu bitten. Den eigentlichen Zweck der Feier, wie er in den Circularen bezeichnet war, hat der „Czas“ wohlweislich nicht angegeben. Wir constatiren nur, daß man im vorigen Jahr an diesen ewig denkwürdigen und unvergeßlichen Tag noch nicht gedacht hat. Seine Wichtigkeit hat es, daß während der Feier die Läden geschlossen, und daß Abends Versuche einer Illumination gemacht worden sind, aber wir wissen auch, daß man größtentheils nur mit Widerstreben und aus Besorgniß vor Beschädigung seines Eigenthums dieser aus der bekannten Quelle stammenden Ordre Folge geleistet hat.

Es wäre endlich an der Zeit, daß die angelesenen Bürger die wohlmeinende Ermahnung, die der Kreisdeß Ritter von Buscovich vor einiger Zeit an sie ergab, ließ, beherzigen und diesem Treiben selbst ein Ziel setzen würden. Bei einem Spaziergange, der uns vor wenigen Tagen auf die Wesoła führte, betraten wir den schönen Garten in der Kopenikus-Gasse, in welchem der Turnlehrer Hr. Luszynski eine gymnastische Lehranstalt eingerichtet hat. Das musterhafte Treiben einiger lebensfrohen Knaben, die sich in den verschiedensten Übungen des Freis und frei herumtummelten, aber auf den ersten Ruf des Lehrers fromm aufstanden, überraschte uns beim Eintritte. Aus Antheil für die Gasse improvisirte die Knaben Jüngling, der die Anstalt erst zwei Monate besucht, ein kleiner Löwe und beim Vollgieren sich wirklich ausgezeichnete. Der Nutzen dieser gymnastischen Übungen ist so allgemein anerkannt, daß wir nicht erst darauf aufmerksam machen müssen. Wir können nur allen Eltern und Erziehern auf das Beste empfehlen.

Ueber die Thätigkeit des galizischen Landesauschusses und ihre Resultate wird dem „Waterland“ geschrieben: Die bekannt, hat der galizische Landtag während seiner kurzen Sitzungperiode mehrere Beschlüsse gefaßt und deren Durchführung sowohl bezüglich der Erlangung der allerhöchsten Sanction, als der notwendigen Vorarbeiten für künftige Sanctionen, als der notwendigen Vorarbeiten für künftige Sanctionen, als der notwendigen Vorarbeiten für künftige Sanctionen, als der notwendigen Vorarbeiten für künftige Sanctionen...

und Bauämter der Landesvertretung, wo es nöthig, ihre Dienste widmen. Was die Fonds und Anstalten betrifft, bezüglich deren noch Zweifel walten, ob sie der Landesvertretung gehören, sind nach geschlossener Einvernehmung mit dem Ausschusse dem Ministerium Anträge zu stellen. Eine Commission unter Vorherrschaft des Hofrathes Pinowick ist mit den Einleitungen zur Uebergabe beauftragt. Mitglieder derselben sind auch Beamte der Finanz-Professur und der Buchhaltung, und der Landesauschuss wird darin durch seine Abgeordneten vertreten. Ferner hat die Statthalterei erklärt, daß sie selbst wünsche, es möge der Ausschuss schon im nächsten Quartal die Verwaltung der Fonds übernehmen. Was die Competenz der Behörden in den Angelegenheiten der Landeskultur, der Kirche und Schule, der Vorspann und Einquartierung betrifft, will die Statthalterei vorläufig den status quo belassen, so lange nicht auf gesetzlichem Wege darüber anders verfügt wird. In der Gewindangelegenheit bleibt ebenfalls die Competenz der Behörden unrichtig. Bezüglich der Uebergabe der Grundentlastungsfonds für Westgalizien und Krakau hat sich das Ministerium die Entscheidung noch vorbehalten. Die bisher vom kändlichen Ausschusse verwalteten Fonds sind bereits dem Landesauschusse provisorisch übertragen worden. Die erhabenen Zweifel, ob letzterer auf die Gebahrung Einfluß nehmen könne, da er auch aus Mitgliedern besteht, die nicht Westgalizischer Güter sind, sind vom Ministerium als unbegründet erkannt worden, da selbst im kändlichen Ausschusse sich nicht ausschließlich solche Besizer befinden haben und die Sicherheit der verwalteten Institute dadurch keineswegs gefährdet war. In der Leitung der Creditgesellschaft findet daher keine Unterbrechung statt, nur werden bezüglich der von der letzten Generalversammlung gefaßten Beschlüsse die Entschlüsse des Landtages abgewartet. Fürst Leon Sapieha befragt noch immer die Geschäfte des Präsidenten der Nationalbank, da die Wahl des Abgeordneten Smolka zum Nachfolger von der Regierung noch nicht bestätigt ist.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Wien, 11. August. National-Anleihen zu 5% mit Jänner Coup. 80.90 Geld, 81.— Waare, mit April-Coup. 81.20 Geld, 81.30 Waare. — Neues Anleihen vom J. 1860 zu 500 fl. 83.50 Geld, 83.60 Waare, zu 100 fl. 88.— G., 88.20 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5%, 66.50 G., 67.— W. — Aktien der Nationalbank (per Stück) 742.— G., 744.— W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. öfter. Währ. 173.60 G., 173.70 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. G.W. 1942.— G., 1944.— W. — der Galtz.-Karlbahn zu 200 fl. G.W. m. 140 (70%) Einz. 147.— G., 147.50 W. — Wechsel auf (3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 116.90 G., 117.— W. — London, für 10 Pfd. Sterling 138.25 G., 138.50 W. — K. Münzducaten 6.60 G., 6.61 W. — Kronen 19.— G., 19.04 W. — Napoleond'or 11.04 G., 11.06 W. — Russ. Imperiale 11.35 G., 11.37 W. — Vereinsthaler 2.06 G., 2.06 1/2 W. — Silber 137.— G., 137.25 W.

Leipzig, 9. August. Vom heutigen Marke notiren wir folgende Preise: 1 Weizen Weizen (82 Pfd.) 4 fl. 44 fr.; Korn (76 Pfd.) 3 fl. 8 fr.; Haber (47 Pfd.) 1 fl. 34 fr.; Haide 2 fl. 65 fr.; — Erdäpfel 1 fl. 8 fr.; — 1 Zentner Heu 1 fl. 8 fr.; Schabtrich 92 fr.; — Wuchenholz pr. Raster 12 fl. 75 fr.; Gerstengraupen 5 fr.; Stiefgrauen 6 fr.; Saidegrauen 4 1/2 fr.; — 1 Pfund Weizenmehl 10 1/2 fr.; Kornmehl 7 1/2 fr.; Butter 52 fr.; Schweinischmalz 50 fr.; — 1 Maß doppeltes Bier 20 fr.; einfaches 18 fr.; guten Branntweins 75 fr., 20° rohen gemeinen ohne Steuer 45 fr.

Poln. Credit-Cours am 12. August. Silber-Rubelagio fl. poln. 111 ver., fl. poln. 109 gr. — Poln. Banknoten für 100 fl. öfter. Währung fl. poln. 346 verlangt, 340 bezahl. — Preuß. Courant für 150 fl. öfter. Währ. 174er 73 1/2 verlangt, 72 1/2 bezahl. — Neues Silber für 100 fl. öfter. Währ. fl. 137.— verlangt, 136.— bez. — Russische Imperiale fl. 11.30 ver., 11.10 bezahl. — Napoleond'or's fl. 11.08 verlangt, 10.90 bezahl. — Vollwichtige böhmische Ducaten fl. 6.50 ver., 6.40 bezahl. — Vollwichtige öfter. Rand-Ducaten fl. 6.60 ver., 6.50 bezahl. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. p. 100 fl. ver., 99 1/2 bez. — Galtz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in öfter. Währung fl. 81 1/2 ver., 81 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv. Münze fl. 86 verlangt, 85 bezahl. — Grundentlastungs-Obligationen in öfter. Währung fl. 68 1/2 verlangt, 67 1/2 bezahl. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. öfter. Währ. 81 ver., 80 bezahl. — Aktien der Carl-Ludwigseisenbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 70% fl. öfter. Währ. 148 1/2 ver., 146 1/2 bez., mit der Einzahlung von 30% fl. öfter. Währ. 65 ver., 64 bezahl.

Neueste Nachrichten.

Wien, 12. August. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten beantwortet Minister Graf Rechberg im Namen des Gesamtministeriums, eine von Rechbauer gestellte Interpellation, ob das Gesamtministerium dem Hause das Interpellationsrecht in Bezug auf äußere Politik bestreite. Das Ministerium hat bereits zweimal auf auswärtige Angelegenheiten bezügliche Interpellationen beantwortet (Kurzbeffen und Schutz der österreichischen Handelsmarine in den amerikanischen Gewässern). Wenn auch selbstverständlich auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheit oft Zurückhaltung nöthig ist, so stellt das Ministerium doch keineswegs das Interpellationsrecht des Hauses in Abrede. Das Ministerium ist in der angenehmen Lage, mit dem Herrn Interpellanten übereinzustimmen und erklärt, auch in Zukunft Interpellationen, die auswärtigen Angelegenheiten betreffend, beantworten zu wollen. (Bravo.)

Staatsminister Ritter v. Schmerling beantwortet die die Krone Böhmens und ihre Würde betreffende Interpellation.

Das Ministerium sieht sich nicht veranlaßt, über jede Aeußerung eines Abgeordneten eine Billigung oder Mißbilligung auszusprechen. In der Lebensgesetz-Debatte hat das Ministerium Beweise seiner Achtung der böhmischen Krone und der Autonomie der Länder gegeben. (Bravo.) Se. Excellenz beantwortet hierauf eine zweite Interpellation, die Verwaltung der niederösterreichischen Grundentlastungsfonds betreffend.

Minister v. Plener bemerkt in Beantwortung einer auf die Verhältnisse der Eid- und lomb. venet. Eisenbahn bezüglichen Interpellation (Schindler und Genossen), daß die Bestimmungen der respektiven Urkunde nach wie vor in Kraft blieben, abgesehen von jenen Modificationen, die durch Gebietsabtretungen veranlaßt worden sind. Der Herr Minister theilt den wesentlichen Inhalt der neuen Convention mit: die finanziellen, national-ökonomischen und strategischen Bestimmungen derselben sind in jeder Beziehung befriedigend. Es versteht sich von selbst, daß jede wichtige einschlägige Veränderung vor das h. Haus gebracht werden würde. (Bravo.) Der Herr Minister erklärt

sich als Feind jeder geheimen Artikel; auch das neue Uebereinkommen enthält keinen solchen. (Bravo.) Minister v. Laffer beantwortet eine die Publikation der Reichsgesetze betreffende Interpellation. (Praxak.) Ferner die Interpellation des Abg. Illuz wegen der Behörden, welche die Streitigkeiten zwischen ehemaligen Unterthanen und Behörden zu schlichten haben. Das Unterthansverfahren beruht auf dem Unterthansverband.

Bei der Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Kuziemski und Genossen in Betreff der Grundbuchfrage bringt er vor, daß das Justizministerium schon im Jahre 1860 im verfallenen Reichsrathe das Grundbuchwesen zur Sprache gebracht hatte, und daß der Entwurf der allgemeinen Grundbücher dem Reichsrath zur Berathung übergeben werden und in Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Länder, die Einzelbestimmungen der Landesgesetzgebung überlassen bleiben werden; bei dem letzten Anlasse wird die festere Grundlage des eigentlichen Grundbuches gewonnen werden, die zur Regelung der Angelegenheit führen soll.

Folgt die Debatte über das Vergleichsverfahren. Referent ist Dr. Mandelblüh, der von der Tribüne nur sehr schwer verständlich ist.

Der Ausschussbericht besteht aus einem Majoritäts- und Minoritätsvotum. Das Gesetz wird als palliativ betrachtet, weil das bisherige nicht ausreicht, die alte Concursordnung noch schlechter ist und bis zum Erlaß eines neuen viel Zeit vergeht.

Die Minorität, deren Berichterstatter Dr. Riehl ist, will nicht gestatten, daß durch den Ausgleich der Schuldner, auch seiner Pflichten gegen den Gläubiger, der seine Forderungen nicht angemeldet hat, ledig sein soll. Dem Gläubiger, der sich am Ausgleich nicht betheiligte, soll sein Recht vorbehalten bleiben. Auch soll der angemeldete Gläubiger vom Ausgleich zurücktreten können.

Die Minorität ist mit der Gesamtheit einverstanden, daß nur ein gutes Concursgesetz den Gläubiger befriedigen kann. Man hat deshalb den Justizminister gefragt, wann ein Concursgesetz zu erwarten sei; als man hörte, es sei noch fern, ging man an das beantragte, um den schwereren Mängeln abzuhelfen. Die alte Concursordnung übt ihre Schrecken auf den Gläubiger. Das Gesetz gibt jedem Protokollirten das Recht zum Ausgleich, ohne auf dessen Würdigkeit zu sehen. Diese Doppelstellung ist schädlich und mahnt davon ab, das Ausgleichsverfahren in der Ausdehnung, wie in anderen Staaten, zur Geltung zu bringen. Das Correctiv sucht die Minorität, indem sie dem Gläubiger die freie Entschließung offen läßt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen und die nächste auf Morgen 10 Uhr angesetzt.

Nach Berichten aus Warschau v. 11. soll die Annahme des Entlassungsgesuchs des Grafen Wielopolski in der verfloffenen Nacht eingetroffen sein.

Madrid, 9. August. Mon soll nach Paris abreisen. Die Geschworenen haben das Journal „La Discusion“, welches wegen des demokratischen, eine einzige Kammer und die Trennung der Kirche vom Staat fordernden Programms verfolgt wurde, freigesprochen.

London, 11. August. Nach hier eingetroffenen Berichten aus New-York vom 30. v. Mts. fürchtete man einen Angriff der Separatisten auf Washington. Die Bundesstruppen hatten Hampton unweit Monroe geräumt. In Monroe waren der Marschall und die Polizeicommissäre von Baltimore als Gefangene eingetroffen. Prinz Napoleon war am 27. v. M. in New-York angekommen; derselbe beobachtete ein strenges Incognito. Auf Antigua, einer der kleinen Antillen, ist ein starkes Erdbeben gewesen, bei welchem an 2000 Menschen um's Leben gekommen sein sollen.

Ans Italien liegen folgende Nachrichten vor:

Turin, 11. August. Nach der heutigen „Opinione“ wurde die Nationalgarde von Bucciano im Districte Benevent von Ciadini aufgelöst, weil sie mit Aufständischen gemeinsame Sache machte.

Turin, 10. August. Die heutige „Opinione“ berichtet: Am 6. d. wurden 150 Aufständische, die das Castell di Teramo besetzten, von Nationalgarden und Truppen angegriffen und nach einem heftigen zweistündigen Kampfe mit Zurücklassung von 10 Verwundeten gezwungen, sich nach Forca di Valle zurückzuziehen, wohin bereits mehrere Kolonnen Truppen abgeschickt wurden.

Mailand, 11. August. Der „Perseveranza“ zufolge, wurden in Neapel drei französische Emisäre verhaftet. Die Polizei ist einem bourbonischen Comité auf der Spur, welches mit Rom und Marseille correspondirt. Gestern verließen 42 Personen des höchsten und ältesten Adels Neapel, um sich zu ihrem Könige nach Rom begeben. Ciadini und sein Generalsecretär handeln den Rathschlägen der Polizei entgegen.

Wie die „Kurier“ meldet, wurde eine Carabineir-Patrouille, welche Caprera durchstreifte, am 7. d. M. von 4 Individuen mit Flintenschüssen begrüßt. Demzufolge wurde der dortige Posten bedeutend vermehrt und die strenge Küstenbewachung eingeleitet.

Neapel, 9. August. Unter den verhafteten Generalen sind Asan de Riviera, Signori, Polizzi und Cristof. Der Generalvikar sowie mehrere Pfarrer und Priester wurden verhaftet. Die verhafteten bourbonischen Offiziere werden nach Genua abgeführt. Alle Arrestanten werden auf die Inseln geschafft.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Vogel.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 12. August. Angekommen sind die Herren: Josef Fürst Lubomirski aus Petersburg. Graf. Gf. Mohl, f. russ. Oberst, aus Russland. Stanislaus Grabiancki aus Polen. Abgereist sind die Herren: Anton Bogoroff, f. russ. Staatsrath nach Prag. G. Kufs, f. l. öfter. Konful, nach Lemberg. Wladislaus Paszkowski nach Boguslawice. Stanislaus Luszynski nach Polen. Kazemierz Pujowski nach Warschau. Joseph Bytowski n. Galtzen.

